

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Vorbesprechungen mit Frankreich.

London, 14. September. (WIB.) Der Pariser Bericht-erstatler des Daily Telegraph schreibt, durch sein neues Angebot, das deutsche Privateigentum ebenso wie die allgemeinen Garantien des Reiches in den Dienst der Reparationen zu stellen, habe der Reichskanzler den Franzosen einen Gegenstand zum Nachdenken gegeben. Es sei der französischen Regierung klar, daß Reichskanzler Stresemann eine Entspannung zuwege zu bringen suche. Die französische Regierung werde das neue deutsche Angebot nicht, bevor sie mehr über den Plan wisse. Man könne jedoch vermuten, daß sie bereits Einzelheiten des Vorschlages Stresemanns besitze. Als Beweis dafür wird von dem Berichtserstatler die ihm gegenüber abgegebene Erklärung angeführt, daß Reichskanzler Stresemanns Vorschlag von Sachverständigen gründlich erörtert werden wird.

„Morningpost“ schreibt in einem Leitartikel zu Stresemanns Rede, der deutsche Kanzler müsse zu seinem anscheinenden Mute und seiner Entschlossenheit, die Grundlagen seiner Steuerpolitik zu erneuern, beglückwünscht werden. Die Unantastbarkeit der reichen Industriellen und der kleinen und großen Landwirte Deutschlands gegen genügende Besteuerung sei ein internationaler Skandal gewesen. Fast zum erstenmal seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages wage es eine deutsche Regierung, sich Geltung zu verschaffen. England werde mit dem größten Interesse die weitere Entwicklung der Reparationsfrage verfolgen und es sei befriedigend, zu erfahren, daß Baldwin aller Wahrscheinlichkeit nach eine Gelegenheit haben werde, diese Frage in direkter Unterredung mit Poincaré zu erörtern. Soweit bekannt, sei die britische Regierung von Frankreich über die verschiedenen Unterredungen zwischen dem französischen Botschafter in Berlin und Stresemann voll unterrichtet worden. Nichts würde der britischen Regierung größere Befriedigung gewähren, als die Erzielung einer direkten Regelung zwischen der französischen und der deutschen Regierung infolge dieser Unterredungen, die, wie gemeldet, fortgesetzt werden sollen.

Der Finanzredakteur der „Morningpost“ schreibt, die City sehe in Stresemanns Rede einen endgültigen Entschluß, zu versuchen, eine Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage auf einer für Frankreich befriedigenden Grundlage zu finden.

„Westminster Gazette“ schreibt, das deutsche Angebot, zu zahlen, sei abhängig von der Räumung des Ruhrgebietes, während die Franzosen auf Zahlung beständen, bevor das Gebiet geräumt wird. Dies sei der frühere tote Punkt, und wenn er überwunden werden solle, so sei es klar, daß das eine oder andere Land eine radikale Sinnesänderung erfahren müsse. Aus praktischen Gründen müsse diese Änderung auf französischer Seite vor sich gehen.

Neue Unruhen in Beuthen.

Beuthen, 14. September (WIB.). Die Demonstrationen haben um 9 Uhr vormittags wieder einen gefährlichen Umfang angenommen. Die Massen versahen das Rathaus, in dem sich die Hauptkassette der Schutzpolizei befindet, zu stürmen. Kurz darauf fielen aus der Menge Schüsse, die die Schutzpolizei erwidert. Der Wochenmarkt wird in kürzester Frist geräumt und polizeilich abgesperrt.

Schon in den frühen Morgenstunden herrschte in den Straßen der Stadt lebhafter Verkehr. Die Stimmung ist sichtlich sehr erregt. Der heutige Wochenmarkt ist nur ganz gering besetzt, starke Polizeikräfte sind zum Schutze der wenigen Händler aufgestellt. Auf der Hohenzollern-Grube, der Carsten-Grube, der Zentrum-Grube und der Helmh-Grube sind die Belegschaften in den Streik getreten. Zurzeit findet im Zechenhof der Helmh-Grube eine gemeinsame Belegschaftsversammlung statt, in der zur Lage Stellung genommen werden soll. Für den Vormittag ist ein Arbeiterdemonstrationszug durch die Straßen geplant.

Bei den gestrigen Unruhen in Beuthen sind drei Personen getötet, eine schwer und zwei leicht verletzt worden.

Forderungen der englischen Arbeiter.

London, 14. September (WIB.). Der englische Arbeiterführer Arthur Henderson legte in einer Rede in seinem Wahlkreis die auswärtige Politik der Sozialistischen Partei dar. Hauptpunkte dieser Politik sind:

Vollständige Räumung der besetzten deutschen Gebiete durch die Alliierten und Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands;

Reparationen nur auf Grund der Bedingungen, unter denen Deutschland den Waffenstillstand abgeschlossen hat. Deutschland erhält einen mit den Großmächten gleichberechtigten Platz im Völkerbund; volle Anerkennung der russischen Sowjetregierung;

der Völkerbund wird zur Regelung internationaler Streitfragen benutzt;

Weltabrüstung.
Henderson erklärte, die internationale Politik der Arbeiterpartei würde veranlassen, daß die alliierten Besetzungshere in Deutschland zurückgezogen sowie daß die verschiedenen Beschränkungen der deutschen Souveränität und der deutschen Aktionsfreiheit mit Bezug auf Besteuerung, Ausgaben und Transporte abgeschafft werden. Am den Boden für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu finden, müßten alle künstlichen Hindernisse für den Handel, die durch den Versailler Vertrag geschaffen oder verschärft worden seien, soweit wie möglich beseitigt werden. Ein Ende der sich

Das andere Frankreich.

Paris, 14. September. (WIB.) Wegen der Ereignisse in Spanien ist die Beschäftigung mit der Rede des Reichskanzlers in der französischen Presse in den Hintergrund getreten. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ bedauert dies ganz außerordentlich, weil diese Tatsache der französischen Regierungspolitik einen Vorwand für die Unterschätzung der Bedeutung des deutschen Angebots liefere. Das Blatt sagt: Einige der leidenschaftlichsten Anhänger Poincarés, die nach dem Ruhrabenteuer gedrängt haben, beginnen die Warte abzulegen und geben zu, daß auf Reparationen nicht mehr zu rechnen ist und man lediglich noch die Auflösung Deutschlands erstreben könne.

Auch der sozialistische „Populaire“ weist darauf hin, daß die Presse die bedeutungsvollen Anstrengungen, die Reichskanzler Stresemann unternommen habe, um Verhandlungen mit Frankreich und Belgien anzuknüpfen, nicht nach Gebühr würdige. Die Presse erkläre, daß die Rede nur Vorschläge enthalte und gegenüber der Stützgarter Rede des Kanzlers keinen Fortschritt bedeute. Das Blatt legt deshalb Wert darauf zu wiederholen: Vorherige Einstellung des passiven Widerstandes verlangen, heißt, die Kapitulation der deutschen Regierung und des deutschen Volkes fordern, um dem Reichskanzler Stresemann dieselben drakonischen Bedingungen aufzuzwingen, wie sie dem Reichskanzler Cuno aufgezwungen werden sollten.

„Tribune“ (linksdemokratisch) schreibt: Die Rede des Reichskanzlers Stresemann hat die Anhänger der Politik, die mit der Auflösung Deutschlands rechnete, nur enttäuschen können. Reichskanzler Stresemann hat ein positives Angebot gemacht. Welche Kritik auch an diesem Angebot geübt werden kann, die Tatsache allein, daß es besteht, ist ein Ereignis. Die nationalistische Presse bemüht sich, die Bedeutung dieses Ereignisses zu verschleiern. Die von Stresemann ausgesprochenen Worte sind Worte der Versöhnung, und jeder, der nach einem rechten Begriff von den Interessen Frankreichs hat, kann in ihnen eine Gelegenheit zur Diskussion finden.

„Deuxième“ (linksdemokratisch) erklärt, daß es zwei Lösungen gebe, die eine sei die, die Poincaré in Damwillers begründet habe, als er gesagt habe: Besser eine Sache in der Hand zu haben, als ihr nachzulaufen. Er wolle damit sagen: Ich bin im Ruhrgebiet und bleibe dort. Die andere Lösung liege in der vom Reichskanzler Stresemann vorgeschlagenen Methode, nämlich das Ruhrgebiet gegen reale Pfänder einzutauschen. Am ersten Falle müsse Frankreich zur Ausbeutung im Ruhrgebiet bleiben, aber Poincaré habe selbst gesagt, daß die Ausbeutung für die Reparationen nicht genüge. Die andere Methode ist nach dem Blatt viel besser, denn man könne Pfänder bekommen und werde 40 000 Tonnen Kohle und Holz täglich erhalten, anstatt wie bis jetzt 15 000 bis 20 000 Tonnen. Man spare auch die Ausgaben für die Truppen.

immer wiederholenden Reparationskrisen müsse durch Schaffung von Bedingungen, die es Deutschland ermöglichen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, gesunden werden. Henderson fordert eine klare Unterscheidung zwischen der Wiederherstellung der verwaisteten Gebiete einerseits und der Forderung nach Bezahlung der Sanktionen andererseits. Er verurteilt die phantastischen Forderungen an Deutschland als einen großen Fehler und erklärt, im Interesse Englands und Europas als eines ganzen sei es erforderlich, daß ein Plan in Uebereinstimmung mit wirtschaftlichen Wirklichkeiten vorgebracht werde.

Heraushebung der Rechtsanwaltsgebühren. Der Reichsjustizminister hat dem Reichsrat den Entwurf einer ersten Verordnung, betreffend die Gebühren der Rechtsanwälte, zugehen lassen, der eine Heraushebung der Gebühren und der Wertgrenzen auf das Zwanzigfache vorsieht.

Abschwächung an der Börse.

Der Stillstand der Dollaraufwärtsbewegung dauert ein-weißen noch an. Ueberhaupt wahr man am Devisenmarkt starke Zurückhaltung. Es scheint, daß sich jetzt endlich die Tätigkeit des Devisenkommisars bemerkbar macht und daß die bevorstehende Einschränkung der Devisenbanken und des Edelmetallhandels doch nicht ganz ohne Wirkung bleibt. Hand in Hand damit gehen Interventionen der Reichsbank, die in geschickter Weise als noch vor wenigen Tagen den Dollar in Schach hält. Hinzu kommt der Umstand, daß die stark erhöhte Kurse, die am letzten Mittwoch am Effektenmarkt erreicht wurden, vereinzelt dazu zwingen, nicht unbedingt notwendige Devisen abzustufen.

Der wieder ziemlich ungünstige Ausweis der Reichsbank, der u. a. eine Verschärfung des Notenumlaufs innerhalb eines Monats verzeichnet, bleibt einwirken noch ohne Einfluß und so konnte sich der Dollar bis 1 Uhr ungefähr auf dem gleichen Niveau halten. Er wurde mit circa 97 zu 94 Millionen genannt. Im weiteren Verlauf trat noch eine weitere Abschwächung ein und man nannte New York mit circa 91.

Auf dem Effektenmarkt bestand zu Beginn einige Befürchtung. Das spekulierende Publikum, durch den weichen Dollar ängstlich geworden, gab für heute zahlreiche, wenn auch meist limitierte Verkaufsbefehle. Immerhin war zu Beginn der Effektenbörse eine gedrückte Tendenz unverkennbar. Da jedoch die Käufer des Auslandes auf verschiedenen Gebieten andauern, trat auch die Spekulation aus ihrer Zurückhaltung etwas hervor und deckte sich auf den einzelnen Märkten zu den abgesehenen Kursen wieder ein. So war die Tendenz nicht ganz einheitlich, doch überwogen bis 1 Uhr auf fast allen Märkten die Abschwächungen.

Versäumte Gelegenheiten.

General Hoffmanns Anlage gegen Ludendorff.

Zu den zahlreichen Denkwürdigkeiten memoirenschreibender Heerführer und Politiker ist in diesen Tagen eine neue Schrift hinzugekommen, die eine gewisse Lücke in der Kriegsliteratur ausfüllt. Es ist das im Verlag für Kulturpolitik in München erschienene Buch General Max Hoffmanns „Der Krieg der versäumten Gelegenheiten“. Der Verfasser war im Kriege lange Zeit Mitarbeiter Hindenburgs und Ludendorffs, später Chef des Generalstabs des Oberbefehlshabers Ost und Vertreter der Obersten Heeresleitung bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. In der letzten Rolle ist er besonders der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, und naturgemäß lenkt sich bei der Lektüre des Buches das Interesse auf die Abschnitte, die die letzten Kämpfe an der Ostfront, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und die russische Revolution behandeln. Doch darüber hinaus gewinnt die Schrift General Hoffmanns größeres Interesse, weil der Verfasser, trotz seiner konterrevolutionären Bestimmung, die er bei der Erörterung der russischen Frage mehrfach in scharfer Weise zum Ausdruck bringt, einen weiteren Blick für politische Zusammenhänge bekundet, als dies bei der übergroßen Mehrzahl der deutschen Heerführer, insbesondere bei den deutschnationalen Halbgeiern Hindenburg und Ludendorff der Fall ist.

Die Abschnitte des Buches, die der russischen Revolution und dem Frieden von Brest-Litowsk gewidmet sind, enthalten manche neuen Einzelheiten, die für den Geschichtsschreiber von Interesse sind. Wesentlicher ist aber der hier vermittelte Einblick in die Psychologie der damals in Deutschland maßgebenden militärischen und politischen Kreise. Die russische Revolution, dieses große weltgeschichtliche Ereignis, das bei allen Völkern in stärkstem Maße den Drang nach Frieden und sozialer Umgestaltung auslöste, wird von den in Deutschland herrschenden Kreisen einzig und allein unter den Gesichtspunkt der Entlastung der Ostfront und der Vorbereitung neuer Offensivstöße an der Westfront betrachtet. Für die militärischen Gamalshenköpfe, die Deutschland regierten und das Volk an allen Fronten verbluten ließen, reduzierte sich die Aufgabe der Zeit auf ein strategisches Rechenexempel. Auch General Hoffmann, der geistig weit über dem Durchschnitt stand, betrachtete die Dinge unter diesem Gesichtspunkt. Für ihn war die russische Revolution eine rein militärische Angelegenheit, und er erklärt jetzt anlässlich des Transports Lenins durch Deutschland nach Petersburg sowie anderer Maßnahmen der deutschen Revolutionspropaganda mit zynischer Offenheit, daß Deutschland ebenso berechtigt gewesen sei, die Unruhen der Revolution in Rußland und in der russischen Armee zu vergrößern, wie es befohlen war, Granaten gegen die feindlichen Schützengraben zu schießen und Giftgas gegen sie abzugeben.

Aus den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teilt General Hoffmann Einzelheiten mit, die die Hinterhältigkeit der deutschen Unterhändler erneut vor aller Welt bekräftigen. Staatssekretär Kühlmann und Graf Czernin, die als bevollmächtigte Vertreter der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung die Verhandlungen führten, hatten sich bekanntlich auf eine Antwort geeinigt, die ohne Einschränkung der russischen Forderung eines Friedens ohne Annexionen zustimmte. Graf Czernin, der mit dem strikten Befehl nach Brest-Litowsk geschickt worden war, einen Frieden mit Rußland abzuschließen, hatte hierbei keine Hintergedanken. Die deutschen Unterhändler jedoch gingen von der Voraussetzung aus, daß die besetzten Gebiete Polen, Litauen und Kurland nicht wieder an Rußland zurückgegeben, sondern auf Grund der Erklärungen der von den Okkupationsbehörden zusammengestellten „Vertretungskörperschaften“ als selbstständig erklärt werden sollten. Als General Hoffmann dies nach den ersten Verhandlungstagen den bolschewistischen Unterhändlern eröffnete, schlug diese Mitteilung wie eine Bombe ein. Die annexionsistischen Absichten Deutschlands waren dadurch mit einem Schlage vor aller Welt enthüllt. Das Vorgehen der deutschen Unterhändler mußte um so abstoßender wirken, als es von schönen Reden über Verständigung und annexionslosen Frieden begleitet wurde. Daß Kühlmann und General Hoffmann hierbei vollkommen in Einklang mit der Regierung vorgingen, geht aus der Mitteilung General Hoffmanns über die Beizuregung der Reichsleitung mit der Obersten Heeresleitung am 2. Januar 1918 und dem am selben Tage stattfindenden Kronrat im Schloß Bellevue hervor. Die Oberste Heeresleitung sprach sich für eine schnelle energische Durchführung der Verhandlungen in Brest aus, die das Schicksal der im deutschen Besitz befindlichen Randstaaten von Rußland trennte und den Mittelmächten überließ. Staatssekretär v. Kühlmann setzte lediglich im Kronrat durch, daß die Trennung der Randstaaten „nicht auf dem Wege einer Annexion, sondern auf dem gütlichen Wege des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versucht werden sollte“, was bei den damaligen Verhältnissen lediglich auf eine ungeschickte Masterade hinausläuft.

Man könnte aus dem Buche General Hoffmanns noch eine Reihe weiterer Fälle anführen, die das Vorgehen Deutschlands gegen Rußland illustrieren. Folgender Fall, den General Hoffmann schildert, ist besonders charakteristisch.

Großen Wert legten die Russen darauf, die auf der Ostfront stehenden deutschen Truppen dort festzuhalten und uns zu verhindern, sie nach dem Westen zu transportieren. Dieser Forderung war von unserer Seite leicht zu begegnen. Schon ehe die Verhandlungen in Brest Litowsk begannen, war der Abtransport der

Waffe des Ostheeres nach dem Westen besahen. Ich konnte deshalb mit Leichtigkeit den Russen konzedieren, daß während des abzuschließenden Waffenstillstandes keinerlei Abtransporte Deutschlands stattfinden würden, die nicht bis zu diesem Zeitpunkt befohlen oder eingeleitet seien."

Es würde zu weit führen, wollte man auf die von General Hoffmann angeführten weiteren Einzelheiten über das weltgeschichtliche Drama von Brest-Litowsk eingehen. Hoffmanns Ingrimmsucht man seinen Bericht über das diplomatische Intrigenspiel in Brest-Litowsk, bei dem die Ukrainer gegen die Russen, die Österreicher gegen die Ukrainer ausgespielt und die widerspenstigen Österreicher und Bulgaren an die Kette gelegt wurden, um hinterher, nach dem Abbruch der Verhandlungen durch Trojki, den Bormarsch gegen Rußland eröffnen und neue gewaltige Gebietsteile besetzen zu können. Wieder zieht vor unserm Auge die traurige Periode von 1918 vorüber, in der der deutsche Militarismus durch sein Vorgehen gegen Rußland unermessliche Schuld vor dem russischen Volke auf sich geladen und die internationale Stellung Deutschlands verschlechtert hat.

Trotz seiner reaktionären Einstellung verkennt Hoffmann, der sich, wie er jetzt mittelst, im Jahre 1918 energisch dafür einsetzte, daß die Sowjetregierung durch deutsche Truppen gestürzt und der Großfürst Paul als Reichsverweiger eingesetzt würde, durchaus nicht die Schwierigkeiten, die durch die Haltung Deutschlands in der Friedensfrage heraufbeschworen wurden. Er klagt Bethmann Hollweg an, der es nicht wagte, sich gegen eine Annexion Belgiens auszusprechen, um nicht seinen Ministerstuhl verlassen zu müssen. Er erhebt aber vor allen Dingen Anklage gegen General Ludendorff, den er dafür verantwortlich macht, daß man im Jahre 1918 nicht zu einem erträglichen Frieden gelangte:

"In dem Moment, in dem die Oberste Heeresleitung sah, daß sie (bei der Frühjahrsoffensive von 1918) Amiens nicht bekommen, daß der Durchbruch also nicht gelungen war, mußte sie einsehen, daß ein entscheidender Sieg auf der Westfront nicht mehr zu erwarten war. War dieser erste, mit den besten Kampfmitteln unternommene Versuch nicht geglückt, so mußte sie sich sagen, daß weitere Angriffe, die stets immer nur mit geringer werdenden Kräften unternommen werden konnten, gleichfalls keine Aussicht auf Erfolg boten. An demselben Tage, an dem die Oberste Heeresleitung die Einstellung der Offensive auf Amiens befahl, hatte sie die Pflicht, die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es Zeit sei, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, und daß keine Aussicht vorhanden sei, den Krieg auf der Westfront mit einem entscheidenden Siege zu beenden. Ob es möglich war, im April 1918 einen anständigen Frieden zu bekommen, weiß ich nicht; ich glaube es aber. Einen besseren als den von Versailles, sicherlich."

Ebensowenig verkennt Ludendorff sich, nach den Worten Hoffmanns, der Erkenntnis verlor, daß mit der mißglückten Märzoffensive die Aussicht auf einen großen Sieg endgültig genommen war, verschloß er sich auch den drohenden Anzeichen an der türkischen, bulgarischen und österreichisch-ungarischen Front. So trieb Deutschland rettungslos in das Verderben, während die Siegesmeldungen der Obersten Heeresleitung dem Volk und der Armee vorzutäuschen suchten, daß alles gut stünde. Zusammenfassend erklärt General Hoffmann:

"Nachdem die Gelegenheiten, Rußland so entscheidend zu schlagen, daß es Frieden machen mußte, nicht benutzt worden waren, mußte man sich darüber klar werden, daß Deutschland nach menschlichem Ermessen den Krieg nicht mehr gewinnen konnte. Alle Anstrengungen der Reichsleitung mußten sich von diesem Moment an darauf richten, einen Frieden auf dem status quo ante zu bekommen, die Anstrengungen der Obersten Heeresleitung darauf, keinen Rückschlag zu haben und die vom Heere erregenen Gebiete festzuhalten. Ich glaube, daß ein solcher Frieden im Jahre 1917 erreichbar gewesen wäre, falls wir klipp und klar auf Belgien verzichteten."

Auch als wider alles Erwarten Deutschland durch die russische Revolution noch einmal nach Ansicht General Hoffmanns eine Chance erhielt, siegreich aus dem Kriege hervorzugehen, verspielte es diese Möglichkeit dank der falschen

militärischen und politischen Führung. General Ludendorff entschied sich für einen neuen entscheidenden Angriff an der Westfront. Er wollte siegen, er hat jedoch die vorhandenen Kräfte nicht alle und nicht glücklich eingesetzt. Der große Durchbruch gelang nicht; statt nun zu erkennen, daß damit die letzte Siegeschance verwirkt sei, statt sich von dem Moment an auf reine Defensiv zu beschränken und die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es höchste Zeit sei, auf politischem Wege einen Verhandlungsfrieden zu suchen, setzte er die Offensive fort, bis die letzte Kraft des Heeres erschöpft war." So kam Ludendorff zu der Forderung des Waffenstillstandsangebotes innerhalb 24 Stunden, die den militärischen Zusammenbruch Deutschlands besiegelte.

Dies ist die wichtige Anklage Hoffmanns gegen General Ludendorff, der seit Jahr und Tag kein anderes Ziel kennt, als durch politische Intrigen und Konspirationen gegen die deutsche Republik jenen Sieg zu erringen, den er vergebens auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges gesucht hat. So manchen Feldherrn hat es gegeben, der nach verlorenem Krieg seine Niederlage zu beschönigen suchte, keinen aber, der wie Ludendorff mit eiserner Stirn zu der alten Schuld noch neue fügte und mit krankhaftem Fanatismus auf Ziele lossteuerte, die das Unheil der Niederlage durch neue schwere Erschütterungen verstärken mußten. Eine Gesundung Deutschlands ist unmöglich, ehe nicht dieser Repräsentant einer bösen Vergangenheit, dessen unheilvolles Wirken nun auch durch einen seiner nächsten Mitarbeiter bestätigt wird, endgültig aus dem deutschen politischen Leben ausgeschaltet ist.

Die Politisierung der Privatbeamten.

Man schreibt uns: Privatbeamte gibt es nur nach dem Sprachgebrauch, nicht aber vor Gesetz und Recht. Daher sind die Privatbeamten Angestellte und Arbeitnehmer schlechthin. Ihnen stehen die Beamten des Staates und aller öffentlich-rechtlichen Institute gegenüber.

Im Vergleich zu der bekannten Unduldsamkeit monarchischer Regierungen in Deutschland gegen die freie politische Betätigung der Staatsbeamten hat die Republik bisher ein hohes Maß von Toleranz bewiesen. Diese Duldsamkeit steht wohl im Einklange mit der jedem Deutschen verfassungsrechtlich verbürgten politischen Freiheit und erhebt sich bewußt über den unwürdigen Zwang und die Rücksichtslosigkeit vergangener Zeiten. Ob sie aber für die Republik zweckmäßig war, ist eine andere Frage. Wenigstens werden in anderen Ländern, wie z. B. in England, die einflussreichen Beamtenstellen mit politisch zuverlässigen Männern besetzt, ohne daß die Beamtenhaft im ganzen dadurch geknüpelt würde.

Nun hat in Deutschland der Beamte des verarmten Staates nach und nach an Einfluß offenbar eingebüßt, was der Angestellte, der reich geworden oder reich gebliebenen Private davon gewonnen hat. Es braucht darum in heutiger Zeit nicht wunder zu nehmen, daß dieser Gewinn allmählich auch politisch umgesetzt wird.

Man denke hierbei nicht in erster Linie, wie es fast zur Gewohnheit geworden ist, an die leitenden Angestellten — Direktoren und Generaldirektoren — der Industrie, sondern eher an den Beamtenstab der ehemals landesherrlichen Behörden und Verwaltungen sowie an die Pseudobeamten der Reichsuniversitäten oder aller ihnen im Range nachstehenden Großgrundbesitzer. Denn gerade vor diesen ehemaligen Beamten und Bevollmächtigten ist ein großer Teil, wie beispielsweise die Forstleute, noch heute besetzt, nach richtiger Vorbildung auf gewisse Gebiete die Tätigkeit von eigentlichen Beamten mit auszuüben.

Sofern es sich bei dieser Ausübung nur um die Unterstützung der Staatsanwaltschaft handelt, ist der politische Einfluß — um bei den Forstleuten zu bleiben — natürlich kaum spürbar. Ein anderes Gesicht zeigt der Stand bereits bei der Durchführung von Gesetzen, auf die er nicht verächtlich ist, die den Staatsbeamten aber — wie z. B. das Betriebsrätegesetz — gleich wichtig und befolgsunwert erscheinen. Und wieder ein anderes Gesicht zeigen solche staatlich bevorrechtigte private Angestellte in leitender Stellung bei der Durchführung von Gesetzen, die mit Ablicht die Privatwirtschaft — wie z. B. die Steuergesetze — belasten sollen, damit der Staat sein Dasein fristen kann.

Auf der einen Seite also die Anvertrauung staatlicher Gewalt zur gemein- (und privat-) nützlichen Unterstützung des Gesetzgebers — auf der anderen Seite Außerachtlassung und absichtliche Umgehung der Gesetze durch die Privatangehörigen.

Das stimmt schiebt zusammen und erhebt sich zum mindesten die Vereinhaltung der Verwaltungen, die das Vertrauen des Staates bisher genossen, es aber mißbrauchten, in der Hand des Staates, wenn er seine Autorität wahren will.

Wit einer freiwilligen Einmischung des Besitzers schlechthin, insbesondere aber des Großbesitzes jeder Art gegen den Staat, der Opfer vom Besitze fordert, ist leider nicht zu rechnen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Angestellten hauptsächlich eines Großgrundbesitzers von diesem ist heute aber noch dieselbe wie vor hundert Jahren, und es ist für den Großgrundbesitzer selbstverständlich, zu denken und zu verlangen, daß die in seinem Dienste stehenden ihn auch in seinen politischen Auffassungen unterstützen. Das führt in der Praxis aber zu einer Sabotage wichtiger Gesetze und zur Unterhöhnung der Staatsautorität.

Gefahr droht aber dem Staate, der gegen die willkürliche Beeinflussung der ungeheuren Zahl von Angestellten durch ihre politisch einseitig gerichteten Dienstherren nicht einschreiten wollte, auch in dem Bewußtsein aller derjenigen, die sich heute noch gegen die Unaufrichtigkeit und Unbotmäßigkeit ihrer Dienstherren wehren und von ihrer zwiespaltigen Stellung aus eigener Kraft sich gleichwohl nicht frei machen können.

„Organisation C.“

Ein Berliner Gymnasium vor Gericht.

In der Besetzungsklage, die das Berliner Provinzial-Schulkollegium gegen den Redakteur der „Neuen Leipziger Zeit.“ Heinrich Guimann wegen eines „Organisation C.“ betitelten Artikels angestrengt hatte, füllte das zuständige Leipziger Schöffengericht einen Freispruch, dessen Bedeutung weit über den Rahmen einer gewöhnlichen Besetzungsklage hinausgeht.

Der Verfasser des Artikels hatte aus eigener Erfahrung über die Zustände berichtet, die am Magdalen-Gymnasium zu Berlin-Friedenau zur Zeit des Kapp-Zufluges und nachher herrschten. Der Direktor Busch hatte Schüler in das Standquartier Kapps in der Bendlerstraße mit der Aufforderung geschickt, fernere Besetzungen dort entgegenzunehmen, hatte in Ansprachen das Vorgehen Kapps gerühmt, wiederholt die bestehende Regierung geschmäht, die alten Kaiserbilder gegen den Befehl des Kultusministers geschickt, ein Schmahbild Eberis nicht nur an einem Platz gelassen, sondern dessen Wegnahme durch einen republikanisch gesinnten Schüler sogar als Disziplinlosigkeit bezeichnet. Weiter und Lehrer der Anstalt hatten Schüler, die in erlaubter Weise am 1. Mai gefeiert hatten, fortgesetzt drangsalieren und in mehr oder minder versteckten Anspielungen ihnen mit der Verweigerung des Reifezeugnisses gedroht. Am dem Skandal die Krone aufzusetzen, richtete der Provinzialschulrat Michaelis, der wegen einer an das Kultusministerium eingereichten Beschwerde mit der Untersuchung der betreffenden Angelegenheit beauftragt worden war, an den damaligen Abiturienten Guimann im Examen die Frage: „Warum nennt Spengler die Revolution von 1918 die lächerliche.“

In der Urteilsbegründung heißt es: „Es ist bewiesen, daß Busch eine tatsächlich ausgesprochen antirepublikanische Gesinnung bekundet, und zwar nicht nur durch Worte seinen Schülern gegenüber, sondern auch durch die Tat.“ Ferner: Michaelis wollte offenbar die republikanische Gesinnung des zu Prüfenden vor den Lehrern und der Klasse bloßstellen.“

Es ergibt sich folgendes Bild: Direktor und verschiedene Lehrer des Friedenauer Gymnasiums dürfen fortgesetzt gegen den Staat hagen, der sie besoldet, sie dürfen die Gewissen ihrer Schüler knebeln, sie zur Teilnahme an Verbrechen des Hochverrats auffordern und unliebste Elemente in ihrem Fortkommen bedrohen. Ein Schulkollegium, in Ausübung seines Amtes einen Schüler wegen seiner republikanischen Gesinnung zu verhöhnen und ihm im Examen durch eine bewußt verwirrende Fragestellung eine Falle zu bereiten. Das sind die Erzieher unserer Jugend, das sind die Hintermänner der „Organisation C.“, aus der die Rothenauer-Mörder hervorgegangen sind.

Der Freispruch des Leipziger Schöffengerichts bedeutet in seiner Motivierung eine schwere Verurteilung gewisser Gymnasialkreise, vor die das Kultusministerium sich bisher schühend gestellt hat. Wir richten an dieses die Frage, wie lange es den Standal noch zu bulden gedenkt?

Schlüsselzahl zwölf Millionen.

In der Buchhandlung stehen die hübschen Bände melancholisch beieinander. Die Rücken, rot, grün, gelb, golddurchwirkt schaukeln dich an, als wollten sie sagen: „So nimm mich doch.“ Ueber allen schwebt drohend die ominöse Zahl 12 Millionen. Zwölfmillionenmal teurer als in normalen Zeiten heißt das auf deutsch (und noch mehr: da die Grundzahl vielfach über dem Friedenspreis steht).

Ein Arbeiter tritt in den Raum. Der junge Buchhandlungsgehilfe kommt von hinten herangelehrt wie die Spinne, wenn ihr eine Fliege ins Nest gegangen ist.

„Ich möchte diese Broschüre kaufen.“

„Achtzehn Millionen, bitte.“

Dem Manne trifft es wie ein Schlag.

„Achtzehn Millionen . . .?“

„Grundpreis 1,50, Schlüsselzahl 12 Millionen. Rechnen Sie selbst nach.“

„Rechnerisch richtig.“ würde unser Lehrer sagen, der Arbeiter aber klopft zusammen. Er muß sich den Ankauf vertuehlen.

Eine Dame rauscht herein.

„Ach, bitte, einige Bücher, möglichst braun gebunden und nicht höher wie zwanzig Zentimeter.“

Der Buchhändler flucht. „Was darf es sein?“

„Etwas Prichée, so — Sie wissen schon, na — und dann braun gebunden.“

Der Bücherwurm mühte ja nun im Bilde sein, was er für eine feine Nummer vor sich hat, aber er ist gewissenhaft.

„Ich habe da eine herrliche Klopstod-Ausgabe: „Der Weisses in 20 Gesängen.““

„Ach nein, wir sind nicht musikalisch.“

„Es ist aber braun gebunden und 18 Zentimeter hoch. Dann ist das auch eine Dichtung.“

„Na schön. Und weiter?“

„Na, wie wäre es mit Willi Braun „Lebensfucher“ oder Gorki „Reine Kindheit“?“

„Ist das etwas zum Lachen?“

„Rein.“

„Ach, das hat doch keinen Zweck, etwas zum Lachen mücht ich noch dazu haben.“

Nun wird der Buchhändler boshaft.

„Hier, „Galante Stunden“, „Raschemmen-Billy“, „Die 500 besten Witze“, „Das Affentheater“, „Das Buch zum Lollachen“, „Kriegs für Schieber.““

Und siehe da: er ist im richtigen Fach. „Dawohl, so was, so was.“ Alles nimmt sie.

Preis: 10 Bücher, braun bzw. fast braun gebunden, 20 Zentimeter hoch, Grundpreis 26 M. mal 12 Millionen gleich 312 Millionen.

Ohne mit der Wimper zu zucken, zählt die gebildete Dame die Millionen auf.

Und zum drittenmal schellt die Klingel. Ein Mann — wohl ein Angestellter oder Beamter.

Er möchte Bebel's Buch „Die Frau“ seiner Frau schenken.

„54 Millionen . . . Sie können es aber auch in einer besseren Ausgabe haben . . .“

Da bleibt dem Mann zeitweise die Luft aus — er kann das Buch nicht kaufen.

Wer stundenlang Zeit hätte, in der Buchhandlung zu stehen, könnte solcher Szenen viele erleben. Was bedeutet das? Unsere Kultur geht zugrunde, weil der Hunger nach Büchern nur noch von wenigen gestillt werden kann.

Die sie brauchen, können sie nicht kaufen, die sie kaufen können, haben vielfach keine inneren Beziehungen zum guten Buch.

Schlüsselzahl 12 Millionen! Das größte Verhängnis, das uns treffen konnte. In Wirklichkeit ist die Schlüsselzahl noch höher, denn die Verleger haben es ja mit der Grundzahl in der Hand, etwas nachzuholen.

Indes, gerecht oder nicht gerecht, eine Kultur geht zugrunde, wenn es nicht gelingt, die unteren Schichten wieder buchtaufkräftig zu machen. Das ist bitter not!

Lunarschark über das „Deutsche Buch“ in Moskau. Bei der Eröffnung der Ausstellung der neuesten in Deutschland erschienenen wissenschaftlichen und literarischen Werke hob der Kommissar für das Bildungswesen, Lunarschark, hervor, daß das geistige Rußland mit großer Hochachtung beobachte, wie selbst unter den letzten schwierigen Verhältnissen Deutschland seine kulturhistorische Mission zu erfüllen fortfahre. Für Deutschland wie für Rußland liege noch alles im Schoße der Zukunft. In der fortzweifelnden Annäherung und geistigen Verbindung Rußlands mit Deutschland werde die bescheidene Tatsache der Eröffnung dieser Ausstellung eine große Rolle spielen. Die Ausstellung sei ein Beweis des deutschen Buches im Herzen eines noch unauferklärten, aber wissenschaftlichen Landes. Als Vertreter des deutschen Buches betonte Herr von Radowicz die Notwendigkeit einer Annäherung Rußlands und Deutschlands, insbesondere einer Annäherung der Kulturen dieser beiden Länder.

Wie die Vitamine entdeckt wurde. Die Lehre von den Vitaminen, jener lebensnotwendigen Bestandteile der Nahrungsmittel, hat unsere ganze Kenntnis der Ernährung auf eine neue Grundlage gestellt und bereits zu wichtigen Ergebnissen geführt, die gewiß noch durch weitere ergänzt werden werden. Der Schöpfer dieser Lehre, der holländische Naturforscher Christian Eijman, der gegenwärtig an der Universität Utrecht wirkt, feiert sein 25jähriges Professorenjubiläum, und aus diesem Anlaß erinnert Claus Schilling in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ daran, wie ihm diese Großtat seines Lebens gelang. „Es ist das Kennzeichen der Genialität“, schreibt er, „daß ein Forscher aus einer anscheinend geringfügigen Beobachtung Schlüsse zieht, die, weiterverfolgt, neue

Gedankenketten fügen, neue Arbeitsgebiete eröffnen. Im Jahre 1896 beobachtete Christian Eijman, damals Pathologe des Keinen Instituts in Bellemeiden auf Java, eine Krankheit unter den Hühnern seines Versuchstalles, die er als Polyneuritis erkannte und mit der tropischen Polyneuritis des Menschen, der sogenannten Beriberi, in Beziehung brachte. Durch Verfütterung von stark poliertem Reis konnte er diese Krankheit bei Hühnern experimentell erzeugen, durch Zufügen von Reisflocken verhüten. Von dieser Beobachtung ausgehend hat Eijman, zusammen mit Vordermann und Gräus, die Grundfragen von der heutigen Lehre von den „Vitaminen“ und den „Aminosen“ gelegt, deren weiterer Ausbau uns sicher noch manches Neue bringen wird.

Statistik der Selbstmordgründe. Man glaubt, daß der Selbstmord aus Liebe in der Statistik die größte Rolle spielt, aber eine genaue Untersuchung, die von einem französischen Statistiker angestellt wurde, zeigt, daß dies nicht der Fall ist. Der Selbstmord hat 4000 Selbstmordfälle untersucht, die in der letzten Zeit vorliefen, und festgestellt, daß nur bei 306 die Gründe in Liebesaffären lagen. Die größte Zahl stellten diejenigen, die aus häuslichen Sorgen in eine andere Welt gingen, nämlich 361; in 311 Fällen war Geld der Beweggrund. Liebe steht erst an dritter Stelle. Hunger und Not zwang 277 zum Selbstmord; 237 töteten sich aus Neurosen, 134 aus Gemütskräften und 121 infolge ausschweifenden Lebens. Was nun die näheren Gründe der 306 Liebestragödien angeht, die zu Selbstmord führten, so wird bei 117 einfach Verliebtheit für den Selbstmord verantwortlich gemacht. Bei 88 die Tatsache, daß der Liebende verlassen wurde, in 58 Fällen, daß der Heirat unüberwindliche Hindernisse entgegenstanden, in 16 Fällen der Tod des Verlobten, in 11 Fällen plötzliche Trennung, in ebenso vielen Streitigkeiten zwischen Liebenden und nur in 6 Fällen Untreue.

Die trauernde Kage. Der Lieblingshund des Präsidenten Harding, der sich nicht vom Grabe seines Herrn vertreiben ließ, hat wieder einmal bewiesen, wie treu Hunde sind. Aber auch die Kagen sind anhänglich über den Tod hinaus. Das zeigte sich kürzlich bei dem Begräbnis eines Mannes in Adershot in England. Eine alte schwarze Kage, an der er sehr hingehangen hatte, folgte dem Trauerzuge bis zum Grabe. Als der Geistliche die Leichenpredigt gehalten hatte, fiel plötzlich etwas Dunkles in das offene Grab herunter. Es war die Kage, die auf einen Baum geklettert war und nun dem Sarge nachfolgte. Man jagte sie aus dem Grabe hinaus; aber als der Hügel aufgeschüttet war, blieb die Kage zurück und fragte noch stundenlang in der Erde.

Täglich neue Buchpreise. Die Schlüsselzahl im Buchhandel ist für Sonnabend schon wieder erhöht auf 14 Millionen. Am 11. September waren es noch 6 Millionen. Die letzte Erhöhung legt ein Steigen des Dollarkurses voraus, das bisher nicht in gleichem Verhältnis erfolgt ist.

Deutsches Oberhaupt. Leo Bloch bereitet mit dem neuen Oberregisseur Dr. Paul ein Reueinstudierung des „Fidelio“ vor unter Zugrundelegung der Gullas Kallert'schen Einrichtung. Michael Dojnen ist für 10 Gastspielabende verpflichtet worden.

Verdreifachter Brotpreis.

Kmisch wird mitgeteilt:
Mit Wirkung vom 17. September 1923 ab ist der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle für das von ihr den Kommunalverbänden zur Marktbrotversorgung gelieferte Getreide auf im Durchschnitt 700 Millionen Mark für die Tonne Getreide festgesetzt worden. Auch die Reichsgetreideverwaltung muß bei der rapiden Marktwertung ebenso wie die übrigen Reichsverwaltungen (Post und Eisenbahn) jetzt in kurzen Abständen ihre Abgabepreise in den veränderten Geldverhältnissen anpassen. Durch den letzten Marktschub ist ein derartiges Mißverhältnis zwischen dem bisherigen Abgabepreis der Reichsgetreidestelle und dem freien Getreidepreis entstanden, daß der Abgabepreis wenig mehr als den vierzigsten Teil des am 7. September 1923 notierten Preises für Roggen an der Berliner Börse beträgt. Die Marktbrotpreise werden, soweit eine solche Schätzung bei den täglich wechselnden Geldverhältnissen möglich ist, wenn man Berliner Verhältnisse zugrunde legt, etwa auf das 3fache des bisherigen Preises steigen. Das Markenbrot wird gleichwohl dann noch nicht die Hälfte dessen kosten, was die gleiche Menge freien Brotes in Berlin seit dem 8. September 1923 bereits erfordert.

Der Aufstand in Spanien.

Paris, 14. September. (W.Z.) Havas meldet aus Madrid: Der heute nacht zusammengetretene Ministerrat hat bis zu den ersten Morgenstunden verhandelt und nachher folgende Erklärung veröffentlicht: Der Generalkapitän von Barcelona hat in der vergangenen Nacht von sich aus den Kriegszustand erklärt und sich der Nachrichtenmittel bemächtigt. Er hat die Generalkapitäne der übrigen spanischen Bandesteile aufgefordert, seine Haltung zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat er eine an das Land gerichtete Rundgebung erlassen, in der er erklärt, die Armee verlange zur Rettung Spaniens vom König, daß er sich von den derzeitigen Ministern trenne. Die Militärmacht einiger Bandesteile soll geneigt sein, den gleichen Weg der Auflehnung zu betreten. Die Regierung, die in Permanenz berät, erfüllt ihre Pflicht, die darin besteht, auf dem Posten zu bleiben. Sie wird sich nur durch die Gewalt davon abhalten lassen, wenn die Urheber des Aufsturus sich entschließen sollten, sie mit allen ihren Folgen anzuwenden.

Die Generale in Madrid schließen sich dem Aufstand an.

Paris, 14. September. (M.) Der Generalhauptmann Catalans, Marquis de Estella, veröffentlicht ein Telegramm der Militärgarnison von Madrid, das die Unterschrift des Generalhauptmanns in Cobos und diejenige einer Reihe anderer Generale trägt. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut: Die Generale der Garnison von Madrid schließen sich der Bewegung von Barcelona an und verharren in ihrer Haltung bis zur Ankunft des Königs, der eine Entscheidung treffen wird.

Spanischer Faschismus.

Paris, 14. September. (Gca.) Der „Matin“ schreibt über den spanischen Staatsstreik: Der Generalhauptmann von Barcelona ist ein Bewunderer Mussolinis; er will seinen Erklärungen zufolge einen spanischen Faschismus schaffen. Der Name für diese Bewegung besteht bereits, es ist der, den die freiwillige Miliz von Barcelona führt, deren Mitglieder „Somaten“ genannt werden.

Französisch-italienischer Kuhhandel.

Zürich, 14. September. (M.) Der „Neuen Züricher Zeitung“ wird aus Genf geschrieben, daß die kleine Entente entschlossen sei, die Fiumefrage nach erneut vor dem Völkerbund zu bringen, daß sie aber erst die Ermahnung Benoiss zum Mitschied des Völkerbundes abwarten wolle. Weiter schreibt das Blatt, die Haltung Frankreichs in der Fiumefrage ist Italien günstig, und betreffend die Raumung Korfu hält sich Frankreich zwar zurück, wünscht jedoch tatsächlich Italien zu schonen, von dessen Unterstützung im Ruhrkonflikt zu erlangen. Diese Information wird durch eine Mitteilung aus anderer Quelle bestätigt, wonach Mussolini Frankreich die Versicherung gegeben habe, er würde in der Ruhrangelegenheit für die ausschließliche Kompetenz der Reparationskommission eintreten, falls er dafür in der Abzweifrage von Frankreich unterstützt werde.

Russische Köpfe.

Zu unseren Feststellungen über die Person des Verfassers des Buches „Russische Köpfe“, O. S. S. S., scheidet und dieser unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine „Verächtigung“, die in ihrer wesentlichsten Funktion lautet:

1. Es ist nicht wahr, daß ich „bereits im Jahre 1912 wegen meines moralischen Tiefstandes durch ein Parteigericht aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands ausgeschlossen wurde“. Wahr ist vielmehr, daß das Parteigericht im Jahre 1912 alle Beschuldigungen meiner Verleumdung zurückwies und deren Leichtgläubigkeit ausdrücklich feststellte.

2. Es ist nicht wahr, daß ich „auf Grund der Dokumente, die nach Öffnung der Bolschewickischen geheimes wurden, als bezahlter Spion der russischen Geheimpolizei vom Revolutionstribunal als schuldig befunden wurde“. Wahr ist vielmehr, daß ich in einem Prozeß, der jeglicher Rechtsgratien bar war und absolut kein belastendes Material an den Tag förderte, das Opfer sowjetischer Lynchjustiz geworden bin und drei Jahre lang in den Kofematten der kommunistischen Regierung gefoltert wurde.

3. Es ist nicht wahr, daß ich „dank der Intervention Madels nicht erschossen worden bin“. Wahr ist vielmehr, daß Madel zur Zeit meiner Verurteilung überhaupt nicht in Rußland war und von ihr erst nachträglich erzählt.

4. Es ist nicht wahr, daß ich nach Verhängung meiner Gefängnisstrafe die Erlaubnis erhielt, Rußland zu verlassen“. Wahr ist vielmehr, daß man mir die Ausreisegenehmigung mehrfach verweigerte — zuletzt im Oktober 1922 durch einen Beschluß des Generalkomitees der kommunistischen Partei Russlands — und daß ich gezwungen war, Rußland illegal auf sehr mühseligem und gefährlichem Wege zu verlassen.“

Gegenüber diesem Ablenkungsversuch Wlums wiederholen wir, daß das Parteigericht im Jahre 1912 kein weiteres Verbleiben in der Partei aus Gründen moralischer Natur als unzulässig erachtete und daß das Revolutionstribunal im Jahre 1918 ihn auf Grund des vorhandenen Belastungsmaterials zur mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilte. Der Hinweis Wlums auf die „sowjetistische Lynchjustiz“ wirkt in diesem Falle nur lächerlich. Warum sollten die Bolschewisten gerade ihn auf diese Weise „lynchen“ wollen? Er war ihnen doch in keiner Weise hinderlich, und es ist uns übrigens kein einziger Fall bekannt, wo ein russischer Sozialist von den Bolschewisten unter der falschen Anklage des Spiontums verurteilt worden wäre.

Die Spielfartensteuer wird vom 16. September ab auf 24 Millionen Mark pro Spiel erhöht.

Rekord der Wohnungsnot.

In Groß-Berlin ein möbliertes Zimmer zu erlangen, wird immer schwieriger. Selbst in entlegenen Vororten ist gewöhnlich nur durch glücklichen Zufall etwas zu finden. Das Angebot der geflüchteten Untermieter laßt keinen Abnehmer mehr, weil zwei oder drei Millionen monatlich nicht mehr im Verhältnis zu den Aufwendungen des Zimmervermieters stehen. Man kann es schließlich verstehen, wenn einer für den Preis von einem Viertelfund Wurst nicht vier Wochen lang seine Möbel abnutzen lassen will, wozu dann täglich noch allerhand Dienstleistungen kommen. Die meisten Zimmervermieter sind also gezwungen, mehr als die geflüchtete Miets zu fordern, wenn schon eine einzige Nacht in einem Hotel mindestens zwei Millionen kostet, und wehren sich dagegen, daß dann so oft in Unkenntnis der Wirtschaftsverhältnisse gleich vom Mietwucher gesprochen wird. Tatsächlich wird ja weit mehr angeboten als gefordert. In einigen Vorortblättern des Berliner Westens standen leihweise wiederholt Inserate, wonach Zimmersuchende die Kosten der gesamten Haushaltung des Abvermieters einschließlich Beleuchtung, Kochgas und Heizmaterial noch neben einer Barrente übernehmen wollten. Es sind keineswegs nur volutäre Ausländer, die solche Angebote machen.

1 1/2 Milliarden für zwei möblierte Zimmer.

Daß trotzdem der ausgesprochene Wucher mit möblierten Zimmern aufs höchste floriert, beweist der folgende Fall, der uns von zuverlässiger Seite folgendermaßen geschildert wird:

Ich suchte zwei möblierte Zimmer. Der Wohnungsnachweis Wolff und Leonhardt in Wilmerdorf, Auguststraße, gab mir gegen eine Anzahlung von 12 Millionen (Dollars) 63 Millionen) als Einschreibegeld für die „Bemühungen“, die darin bestanden, daß er mir einige Adressen sagte, während ich 30 Proz. der ersten Monatsmiete als Vermittlungsgebühr bezahlte (ich; wann wird dem Treiben der Wohnungsnachweise ein Ende bereitet?) einige Adressen und übermittelte mir gleichzeitig die Forderungen der Vermieter: Frau Warschauer, Pantow, Kavalierstr. 11, 5 1/2 Dollar für zwei Zimmer mit Küchenbenutzung; Rentier Czarnikow, Wilmerdorf, Rannheimer Straße 37, 60 Goldmark für zwei Zimmer ohne Küchenbenutzung. Weil Frau Warschauer nur Ausländer haben wollte, weil ich als Deutscher, der aus Polen aus-

gewiesen und laut Ausweis des Roten Kreuzes fürsorgeberechtigt ist, mir eine derartige Befreiung nicht gefallen wollte, erstattete ich, ohne mich mit Frau Warschauer in Verbindung zu setzen, gegen die Dame Strafanzeige bei der Wucherpolizei und dem Wohnungsamt. Mit Herrn Czarnikow verfuhr ich in Verhandlungen eine vernünftige Regelung zu erlangen. Ich bot (ich will gestehen, daß ich reichlich bot): Grundpreis für September 43 Millionen, für Oktober Zuschlag unter Anwendung des gleichen Multiplikators, wie ihn die Reichsregierung bei der Besoldung der Beamten anwendet. Außerdem erklärte ich mich bereit, drei Fünftel der Heizungskosten resp. drei Fünftel der Anschaffungskosten für das Heizmaterial zu tragen. Wäsche usw. war von mir zu unterhalten und zu stellen. Herr Czarnikow lehnte das Angebot ab, er bestand auf der Forderung von 60 Goldmark gleich (nach dem Stand vom 13. September) 2 Milliarden Papiermark. Und das nur für Miete, Licht, Telefonbenutzung und Reinigung, für zwei gut bürgerlich eingerichtete Zimmer mit einem Bett!

Auf meine gültigen Einwendungen, daß solche Preise von einem Deutschen, der durch ehrliche Arbeit sein Brot verdienen muß, nicht gezahlt werden könnten, antwortete mir der Herr, dann würde er einen Ausländer in die Wohnung nehmen.

Auch gegen Herrn Czarnikow habe ich Klage erhoben. Es ist zu erwarten, daß die Wucherpolizei resp. die Wohnungsämter recht kurzen Prozeß mit den Herrschaften machen.

Die Löhne und die Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden nicht nach Sachwert berechnet; ein Beamter wird bei einem Dollarschub von 100 Millionen nicht ein Gehalt von 1 1/2 Milliarden beziehen; er kann infolgedessen nicht 1 1/2 Milliarden für Lohne und Gehälter zahlen. Und mit wie wenig müssen die Arbeiter und Angestellten ihr Leben fristen? Wenn es dem Herrn gelingen sollte, einen Mieter zu finden, der 60 Goldmark bezahlt, dann könnte er nur von der Vermietung der beiden möblierten Zimmer zu leben, wie es sich kein Mensch von denen erlauben kann, die Jahre für die Ausbildung hergeben mußten und in den Jahren Tausende von Goldmark. Man muß jetzt die Schritte der beiden benachteiligten Behörden abwarten, um zu beurteilen, ob die moralische Verdumpfung schon so weit fortgeschritten ist, daß dergleichen Elemente ungestraft ihr Unwesen treiben dürfen.

Die Abfindung der Straßenbahner.

Die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats über die Abfindung entlassener Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn bringt außer der sofortigen Beihilfe von 40 Millionen Mark pro Mann noch eine Reihe anderer Maßnahmen. Wer nicht von der Straßenbahn-G. m. b. H. oder anderen Betrieben der Stadt eingestellt werden kann, soll Pensionsansprüche auf Grund des allgemeinen städtischen Ruhegeldstatuts, soweit er solche hat, behalten. Wer nach der besonderen Pensionsordnung der Straßenbahn (Verband Groß-Berlin) geringere Ansprüche hat, dem werden die Ansprüche nach dem allgemeinen städtischen Ruhegeldstatut für die Dauer bis Ende 1923 eingeräumt. Wer nahe an der Pensionsgrenze ist (wegen Alter oder Krankheit), soll nach Möglichkeit rückwirkend mit 8. September zu den Bedingungen seiner Pensionsordnung pensioniert werden. Arbeitnehmer, die in anderen Betrieben der Stadt als Zeithilfen beschäftigt sind, werden nur bis zur Dauer von höchstens drei Monaten als Zeithilfen behandelt. Bei Beschäftigungsmöglichkeit darüber hinaus werden die früheren Rechte aus den Tarifverträgen wieder auf. Straßenbahner, die in andere Betriebe der Stadt als Zeithilfen beschäftigt werden, sollen für die Dauer ihrer Zeithilfenbeschäftigung bei den etwaigen Neueinstellungen der Straßenbahn-G. m. b. H. nach dem dortigen Einstellungsgrundrhythmen berücksichtigt werden. Alle aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis bis 8. September fällig gewordenen sonstigen tarifvertraglichen oder gesetzlichen Rechte und Ansprüche (Urlaub, Lebensversicherungen, Krankenlohn usw.) bleiben erhalten und werden nach rechtlicher Prüfung ohne Verzug geleistet. Wer Dienstkleidung hatte, erhält einen Anzug zweiter Garnitur (Joppe und Hose), wer Arbeitskleidung hatte, erhält Arbeitsjoppe und Arbeitsboots. Die Ausgleichstelle für Arbeiter wird bei Bedarf an städtischen Arbeitern auf arbeitssuchende frühere Straßenbahner nach Möglichkeit zurückzuführen. Da die Einstellung bei der Straßenbahn-G. m. b. H. unter den Bedingungen der G. m. b. H. erfolgt, wird obige Fürsorge nur bis zur Einstellung geleistet. Die von der Straßenbahn-G. m. b. H. eingestellten Arbeitnehmer sollen, soweit sie am 8. September bereits Ruhegeldansprüche erworben hatten, diese Ansprüche und Anwartschaften gegen die bisherige städtische Straßenbahn so lange behalten, bis die G. m. b. H. eigene Ruhegeldentrichtungen geschaffen hat, längstens jedoch bis 1. Oktober 1924. — Diese von Magistrat beantragten Maßnahmen werden der Haushaltsausschuss prüfen, mit Ausnahme der sofortigen Beihilfe, die von der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich genehmigt wurde.

Der Mord im Eisenbahnzug.

Erhöhung der Belohnung auf 650 Millionen Mark.

Zu dem Verbrechen im Personenzug, dem der Direktor Krenzlich zum Opfer gefallen ist, wird mitgeteilt, daß in diesem Falle die unausgeführten Nachforschungen der Kriminalpolizei noch keine greifbare Spur zutage gefördert haben. Im Gegensatz zu den drei anderen Verbrechen stehen hier die Mitteilungen aus dem Publikum nur sehr spärlich. Die Raths Wärmepolizer A. W., deren Direktor der Ermordete war, hat auf die Ergreifung der Verbrecher eine Belohnung von 500 Millionen Mark ausgesetzt. Die Eisenbahndirektion, die Plakate zur Auffindung des Verbrechens anhängen läßt, hat ihre Belohnung jetzt auf 150 Millionen erhöht. Die Gesamtelohnung beträgt also 650 Millionen Mark und wird wertbeständig zugesichert. Die Leiche des Ermordeten wird im Laufe des heutigen Freitags obduziert werden. Mitteilungen irgendwelcher Art, die zur Aufklärung dienen können, werden an die Kriminalkommission Dr. Niemann und Dräger im Zimmer 83a des Polizeipräsidiums dringend erbeten.

Rechtsradikale Revolventen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In Moabit kam es am 13. September, abends gegen 10 1/2 Uhr, in der Straße M. W. Roadit, nahe der Kirchstraße, zu einem Zusammenstoß zwischen Jugendlichen. Aus einer Gruppe rechtsradikaler Elemente fiel ein Schuß, durch welchen der 19jährige Otto R. S. in den Unterleib getroffen und schwer verletzt wurde. Der Schuß fiel aus einer Parabellumpistole, System 1908, abgefeuert worden. Eine Hüfte und zwei Patrone fand die Polizei am Tatort vor. Angaben, die auf Wankh vertraulich behandelt werden, nimmt jede Polizeiwache und das Polizeipräsidium im Zimmer 292, Hausnummer 305 oder 317, entgegen. Der Täter wird folgendermaßen beschrieben: er ist etwa 1,70 bis 1,80 Meter groß, schlank und kräftig und hat ein volles Gesicht. Bekleidet war er u. a. mit einer Schirmmütze, grauem Spartenzug mit hochstehendem Kragen aus demselben Stoff, Kniehos, Widelgamaschen und schwarzen Schuhen. Für Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 100 Millionen Mark ausgesetzt worden.

Mathenow's Pleite.

In der letzten Mathenower Stadtverordnetenversammlung teilte der Magistrat mit, daß er nicht mehr imstande sein wird, am 1. Oktober die Beamtengelder zu zahlen. Die Stadt stehe vor einem finanziellen Zusammenbruch. Sämtliche weiblichen Angestellten sollen entlassen oder der Landarbeit zu-

geführt werden. Ferner kam zur Sprache, daß bei der Beschaffung von ausländischen Getreidefrachten für die Stadt Mathenow der Geschäftsführer Zeisberg der Viehverwertungsgenossenschaft 100 Dollar Schmiergeld von einer Hamburger Großfirma erhalten habe. Zeisberg ist sofort von seinem Amt entlassen worden.

Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

50 Millionen Mark Geschäftsanteil.

Die Wirtschafts- und Finanzkatastrophe, in der wir uns befinden, bedeutet auch für die Konsumgenossenschaften eine Erschwerung des Existenzkampfes. Die einzeln betriebenen Geschäfte bilden neben dem meist geringen Reinerlös das einzige Betriebskapital, das aber heute nicht mehr ausreicht. Auswärtige Konsumgenossenschaften sind schon längst dazu übergegangen, die Eingahlung der Geschäftsanteile jeweils der Wertentwicklung anzupassen. Am Donnerstagabend veranlassten sich nun die Delegierten der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung in den „Mullerhäusern“, um ebenfalls zu einer Erhöhung der Geschäftsanteile Stellung zu nehmen. Das Vorstandsmitglied Genosse Mirus gab einleitend seines Referates einen kurzen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Konsumvereine und legte an Zahlen ein leider wenig erfreuliches Bild. Trotz des früheren Bedarfs haben sich die Einfuhrzahlen verringert. Wurden 1913 noch 3 320 534 Tonnen Roggen bezogen, so 1921 nur noch 1 320 521 Tonnen. Beim Weizen sehen die Dinge ähnlich aus. Der Weltkrieg hat eben dem Weltmarkt zu tiefe Wunden geschlagen, die erst dann heilen können, wenn die Hüter Frieden haben. Neben die Vermögensverhältnisse der Konsumgenossenschaft führte Mirus aus, daß die Konsumgenossenschaft an offenen Reserven am 30. Juni 1923 über 307 Millionen und an Geschäftsanteilen am gleichen Tage über 297 Millionen Mark verfügt habe. Anerkannt müsse werden, daß die Mitgliedschaft alles getan habe, um die Reserven durch Vorschußzahlungen auf neue Geschäftsanteile in Ordnung zu halten. Am 10. September hatte die Organisation einen Bestand an Geschäftsanteilen von 38 Milliarden und 128 Millionen Mark. Doch seien jetzt viel größere Beträge notwendig, um Einkäufe vornehmen zu können. So löse der Jucker zur einmaligen Verteilung etwa 800 Millionen Mark. Der Wochenbedarf an Schmalz erfordere 650, Margarine 500 und Butter 200 Milliarden Mark. Für den Wochenbedarf an Mehl sei eine Billion zu zahlen. Die angegebenen Summen helfen aber nur Augenblicke dar, wobei nicht vergessen werden darf, daß die nicht mit einkaufsbereiten Kosten für die Brennhäuser, Fleischverkaufsstellen und für Bedarfsartikel wie Mühlenfabrikate usw. auch beträchtlich hoch sind. Der Vorstand und der Aufsichtsrat hätten beschlossen, den Geschäftsanteil auf 50 Millionen Mark zu erhöhen und hätten um Unterstufung dieses notwendig gewordenen Antrages, der ein Betriebskapital von 7 1/2 Billionen Mark schaffen würde. Das Eintrittsgeld soll in Zukunft 1 Million Mark betragen.

In der Diskussion sprachen alle Redner für den Antrag, der dann auch nach dem Schwurwort Mirus gegen eine Stimme zur Annahme gelangte. Das Eintrittsgeld wurde auf 5 Millionen Mark festgesetzt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenzeitschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Eine falsche 10-Millionen-Note als Berliner Stadtschuldenchein ist, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, worden angehalten worden. Sie ist auf gewöhnlichem, weißen Papier ohne Wasserzeichen sowie röthlichem Untergrund hergestellt und trägt weder Nummer noch Stadtwappen. Die Stadt Berlin hat bisher außer den Noten mit überdruckten Werten über 500 000 Mark eine Million und drei Millionen Mark nur einen neuen, durch die Presse bekanntgegebenen 2-Millionen-Schein herausgegeben. Diese Note ist auf weißem Wasserzeichenpapier (doppeltwirkendes Kernmuster) gedruckt.

Mit 350 Milliarden geküßelt. Ein aus Wien gebürtiger Union Banmer entwendete gestern einem Hamburger Bankgeschäft ausländische Zinscheine, Schecks und Banknoten im Werte von 350 Milliarden. Es handelt sich um Zinscheine chinesischer, argentinischer, amerikanischer, spanischer und anderer Wertpapiere. Bommer, eine 1,85 große, auffallende Erscheinung, ist barlos, hat eine bloße Hautfarbe und spricht mienerischen Dialekt. Die Bank hat auf seine Wiederergreifung und auf die Herbeischaffung der Werte eine Belohnung in Höhe von mehreren Milliarden ausgesetzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und übermäßig heiß, in den Tagesstunden ziemlich warm, bei mäßigen südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

7. Kreis, Charlottenburg. Die Sitzung der Abteilungsleiterinnen heute abend abends 8 1/2 Uhr. Die Sitzung der Abteilungsleiterinnen heute abend abends 8 1/2 Uhr. Die Sitzung der Abteilungsleiterinnen heute abend abends 8 1/2 Uhr.

